

AMT DER BURGENLÄNDISCHEN LANDESREGIERUNG
Landesamtsdirektion

Zahl: LAD-81-1986

Eisenstadt, am 24. 3. 1986

Entwurf eines Pflanzenschutzmittel-
gesetzes; Stand: 18. Dezember 1985;
Aussendung zur Begutachtung;
Stellungnahme.

Telefon (02682)-600
Klappe 221 Durchwahl

zu Zahl: GZ 13.521/29-1/3/85

ENTWURF	
ZI. 2	-GE/9 86
Datum:	27. MRZ. 1986
Verteilt:	27. MRZ. 1986

An das
Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Stubenring 1
1012 Wien

Zum obbez. Schreiben beehrt sich das Amt der Burgenländischen Landes-
regierung mitzuteilen, daß gegen den anher zur Stellungnahme über-
mittelten Entwurf eines Pflanzenschutzgesetzes grundsätzlich keine
Bedenken bestehen.

Zu § 1 Abs. 1 u. 2:

Während die Anwendung der öllöslichen Totalherbicide (wie Tormona 100
etc.) in der Forstwirtschaft äußerst selten geworden ist, stellen die
Wildverbißmittel eine praxiserprobte und kostengünstige Möglichkeit dar,
den Wildverbiß in forstlichen Kulturen hintanzuhalten. Eine wesentliche
Einschränkung bei diesen Mitteln würde daher wieder ein Ansteigen der
Verbißschäden zur Folge haben.

Obwohl in einem Gesetz schwer zu erfassen, muß doch auf die hinkünftig
notwendige Entwicklung mehr ortsspezifischer Pflanzenschutzmittel hin-

gewiesen werden, zumal viele bisher als Unkräuter bezeichneten Pflanzen in letzter Zeit eine erhöhte Bedeutung als Heilpflanzen etc. erlangen. Die herkömmlichen Mittel sind aber eher auf die gleichzeitige Bekämpfung möglichst vieler Unkrautarten ausgerichtet.

Zu § 1 Abs. 3:

Hier sind lediglich aus der Sicht des Menschen landwirtschaftlich, gärtnerisch und forstlich nutzbare Pflanzen und Kulturpilzzuchten angeführt, nicht jedoch auch Arten, die zum Aufrechterhalten eines mindest naturnahen und landschaftsbezogenen Naturhaushaltes aus ökologischer Sicht unumgänglich notwendig sind. Es ist dabei vor allem auf die möglichen negativen Auswirkungen der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln am Rande von Intensivkulturen zu angrenzenden, nicht bewirtschafteten Naturflächen wie Wegraine, Böschungen mit Rasen und Gebüsch usw., also Rückzugsstandorte von noch heimischen Wildformen von Pflanzen und Tieren zu denken, insbesondere wenn die zum Kulturgebiet angrenzende Naturfläche zum Schutzgebiet gerade zur Erhaltung von vom Aussterben bedrohten Arten erklärt wurde. Besonders sollte dabei Rücksicht auf den Eintrag von Pflanzenschutzmitteln durch Windverfrachtung in Natur- und Wasserschutzgebiete genommen werden, indem eventuell lokale Anwendungsbeschränkungen im Gesetz vorgesehen werden.

Zu § 8 Abs. 2 Z. 7: Dieser Absatz sollte auch durch Hinweise auf die Reinigung von Arbeitsgeräten (wie Spritzen etc.) ergänzt werden.

Zu § 15 Abs. 1:

Bei Verlängerung der Zulassung sollte auf jeden Fall eine neuerliche Prüfung gem. § 10 Abs. 1 Z. 2 erfolgen, da sich der Stand der Wissenschaften und Technik innerhalb des abgelaufenen Geltungsbereiches geändert haben könnte.

Zu § 35:

Hier sollte auf jeden Fall angeführt werden, wer für die Verwertung oder Vernichtung zuständig ist (wie im § 36 Abs. 5).

Zu § 39 Abs. 2:

Es erhebt sich die Frage, ob die in den Erläuterungen angeführten Verwertungsarbeiten (freier Verkauf bzw. Versteigerung) sinnvoll sind, da es sich bei den verfallenen "Gegenständen" auch um nicht zugelassene Pflanzenschutzmittel handeln könnte. Daher wird vorgeschlagen, auf Kosten des Erzeugers und/oder Vertreibers die schadlose Vernichtung mit vorzusehen.

Beigefügt wird, daß u.e. 25 Mehrausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet werden.

Für die Landesregierung:
Dr. Gschwandtner eh.

F.d.R.d.A.

Schiller

Zl. u. Betr. w. v.

Eisenstadt, am 24. 3. 1986

1. Dem Präsidium des Nationalrates, Dr. Karl Renner-Ring 3,
1017 Wien, 25-fach,
2. Der Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der NÖ.
Landesregierung, Schenkenstraße 4, 1014 Wien, 10-fach,

zur gefälligen Kenntnis.

Für die Landesregierung:
Dr. Gschwandtner eh.

F.d.R.d.A.

Schiller